

Öffentliche Sitzung
 des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 18.05.2022
 im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

SPD

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

bis 17:52 Uhr.

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Die Linke

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

ab 16:33 Uhr bis 19:03 Uhr.

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Herr Julian Biedenbacher

Herr Geschäftsführer Peter Ernst

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Herr Uwe Schubert

Abwesend:**stellv. Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

T a g e s o r d n u n g

=====

- 1** Bevölkerung- und Katastrophenschutz
- 2** Zwischenbericht zur Entwicklung der Grundschule Hardt
- 3** Einführung einer Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd
- 4** Bekanntgaben
- 5** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung äußert er, dass aktuell 743 registrierte ukrainische Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd gemeldet seien.

zu 1 Bevölkerung- und Katastrophenschutz Vorlage: 072/2022

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein und begrüßt Herrn Hägele sowie Herrn Schubert.

Herr Hägele erläutert die Stabsarbeit.

Herr Schubert stellt den Katastrophenschutz vor (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es gerade im Hinblick auf den Klimawandel wichtig sei. Man benötige die Mitwirkung der Bevölkerung. Man solle jedoch nicht in Panik verfallen.

Stadtrat Christian Krieg/CDU lobt die Verwaltung für die Information. Bei der Stellungnahme seien ihm ein paar Punkte wichtig. Es sei gut, wenn man das Thema angehe und selbstkritisch sei. Der Vortrag habe deutlich gemacht, dass man nun besser aufgestellt sei. Der Antrag habe viel Arbeit verursacht. Jede Minute Arbeitszeit sei aber eine gute Investition. Mit dem Feuerwehrhaus und den Sirenen beschäftige sich der Gemeinderat (Hardware). Der Antrag der CDU befasse sich auch mit der Software. Bei der einmaligen Installation werde es nicht bleiben, man müsse es jedes Jahr überprüfen und anpassen. Es umfasse auch die Hochwasserrisikoanalyse. Dass man den Blaulichttag umsetze, begrüßte die Fraktion. Man solle es durch den Experten ggf. noch prüfen lassen. Er erkundigt sich, wie es nun weitergehe und wann die vorbereitenden Maßnahmen abgeschlossen sein würden. Außerdem möchte er wissen, wann die Sirenen auf die Dächer kommen würden und wann man den Feuerwehrbedarfsplan erhalten werde.

Herr Hägele antwortet, dass die Sirenen ausgeschrieben seien. An den übrigen Themen sei man dran und werde diese ausarbeiten, ein klares Zeitfenster könne man nicht nennen. Den Feuerwehrbedarfsplan werde man zu gegebener Zeit fortschreiben, man müsse die Entwicklung Florian abwarten.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Bericht. Der beste Schutz sei, wenn sich alle sicher fühlen und nichts passiere. Darin habe man sich gewogen und nun gemerkt, dass dies nicht gut gewesen sei. Er erkundigt sich nach Ideen, wie die Übungskultur zunehme, ohne dass Panik ausgelöst werde. Im Ahrtal habe es ei-

nen Ausfall von Kommunikation gegeben.

Herr Schubert antwortet, dass die Information der Bürger sehr wichtig sei, da man keine Übung mit allen Bürgern durchführen könne. Die Pressearbeit sei daher besonders wichtig. Im Ahrtal habe man daher WLAN-Spots aufgestellt, die Infrastruktur sei wichtig.

Stadträtin Heusel/SPD bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Er zeige auf, dass man sich mit großer Ernsthaftigkeit und Kompetenz der Sache annehme. Sie bittet darum, die möglichen Schulungen und Übungen näher in den Blick zu nehmen. Eine Notlage sei auch immer eine emotionale Ausnahmesituation. Daher sei es wichtig, dass man am Ball bleibe. Sie erkundigt sich, ob es schon ein Lieferdatum für die Sirenen gebe. An der Risikoanalyse sei man dran. An der Stelle sei wichtig, dass man wisse, was wirklich benötigt werde. Es gebe immer wieder neue technische Herausforderungen. Man müsse gut vorbereitet sein.

Herr Hägele antwortet, dass man die Lieferzeitpunkte nicht kenne, die Ausschreibung habe das Amt für Gebäudemanagement übernommen. Es werde sicherlich nicht ganz so schnell gehen, man hoffe aber, dass man sie dieses Jahr noch installieren könne.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bedankt sich für den Bericht. Es sei sehr beruhigend zu hören, wie viele Gedanken man sich gemacht habe. Er bedankt sich außerdem bei der CDU-Fraktion für den Antrag. Er denke es sei gut, dass man es öffentlich diskutiere, ggf. müsse man noch nachjustieren. Das THW sei nur am Rande erwähnt. Er erkundigt sich, ob dies mit der Finanzierung zusammenhängen könne. Man solle das THW auch noch mehr in die öffentliche Wahrnehmung rücken. Er erkundigt sich, ob Brandfallübungen an den Schulen stattgefunden hätte und ob es solche auch in den Kindertagesstätten gebe. Außerdem erkundigt er sich nach den Schwerpunktthemen in den Stadtteilfeuerwehren und ob dies sinnvoll sei.

Herr Schubert antwortet, dass man mit dem THW in einem guten Austausch sei. Die Räumung an Schulen und Kindergärten sei einmal im Jahr Pflicht, hier würden aber die Schul- und Einrichtungsleitungen selbstständig agieren. Die Sonderaufgaben seien auf die unterschiedlichen Stadtteilfeuerwehren verteilt.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen findet die Verwaltungsstruktur sei wichtig. Seit 2004 sei keine Übung bzw. Schulung durchgeführt werden, es sei daher wichtig, dass man dies nun nachhole. Sie erkundigt sich, ob die Sirenen digital oder analog seien. Wenn man den Blick auf die Szenarien werfe, sei es wichtig, dass man alle Stadtteile mit Notstromeinspeisung ausstatte. Auch Hackereingriffe seien zu berücksichtigen. Sie regt an, eine Übung mit dem Landkreis zu machen und auch die ärztliche Versorgung einzubinden.

Herr Schubert antwortet, dass eine Stromversorgung sehr wichtig sei. Beim Üben sei die Katastrophenschutzbehörde des Landkreises zuständig. Die Krankenhäuser hätten eine Stromversorgung. Der Kraftstoff sei das entscheidende Gut, um diese Notstromaggregate am Leben zu halten.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich nach der Notstromversorgung bei ei-

nem Krieg sowie den Schutzräumen.

Herr Hägele antwortet, dass dies Bundesangelegenheit sei. Man habe Hallen und auch den Tunnel, aber offiziell ausgewiesene Bunker oder Schutzräume gebe es nicht.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es ein Thema sei, dass auf Bundesebene besprochen werden müsse.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 2 **Zwischenbericht zur Entwicklung der Grundschule Hardt** **Vorlage: 074/2022**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein.

Frau Schlienz erläutert den Sachverhalt.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man beim Schulamt nochmals für die Lehrersituation einsetzen. Er plädiert außerdem dafür, dass das Schulamt seinen Sitz in Schwäbisch Gmünd habe.

Stadtrat Barth/CDU führt aus, dass die Schule nun im Fokus sei. Man müsse im Kontakt mit den Eltern sein. Zur personellen Situation äußert er, dass es eine sehr gute Entscheidung gewesen sei, Quereinsteiger einzusetzen, inkl. der FSJ-Stellen und den Sozialarbeiterstellen. Die Hardt-Grundschule sei in diesem Bereich sehr gut aufgestellt. Dies würden die Eltern auch sehen. Das Naturprofil, das man sich erarbeitet habe, sei ebenfalls zu begrüßen. Die CDU wünsche alles Gute für die weitere Schulerweiterung, dass die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, man müsse auch die bauliche Ertüchtigung durchführen. So sei man für die Zukunft gut aufgestellt.

Frau Schlienz äußert, dass die Entscheidung der Schulbezirksänderung ein harter Schlag gewesen sei.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Grundschule Hardt eine gute und engagierte Arbeit mache, weit über den Grundbildungsauftrag hinaus. Das Paket zeige, dass sich die Grundschule profilieren. Man unterstütze und hoffe, dass man die Zweizügigkeit auf dem Hardt erhalten könne. Man sollte nach dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ vorgehen, man solle daher überlegen, wie man die Leute informiere und überzeugen könne. Man habe tolle Rahmenbedingungen, daher müsse man schauen, dass man das positive Bild der Schule auch nach außen

trage.

Stadtrat Lieb/SPD möchte klarstellen, dass man nicht froh über die Schulbezirksänderung sei. Man wolle sich nicht ausruhen und den Stadtteil befähigen. Die subjektive Wahrnehmung, beispielsweise die Quartiersentwicklung, sei wichtig. Es müsse sich ausbezahlen, was die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort machen. Man unterstütze gerne, sollte die Verwaltung die Schule mal nicht hören.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bedankt sich für den Bericht. Die Schulbezirksänderung habe nicht zu dem geführt habe, dass man resigniere, sondern dass man die positiven Signale aus dem Gemeinderat aufnehme. Die Fraktion stehe voll dahinter und unterstütze, wo sie könne. Man habe einen Hinweis gegeben. Thema der Kita-Platzversorgung. Es entstehe viel neuer Wohnraum, daher gehe man davon aus, dass man entsprechende Planungen habe bei der Versorgung mit Kita-Plätzen. Je näher die Kita-Plätze an der Schule dran seien und ein Austausch stattfinden könne, sodass ein fließender Übergang von Kita zur Schule stattfinde.
Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob bei einer möglicherweise eintretenden Einzügigkeit die Schließung der Schule drohe.

Oberbürgermeister Arnold verneint dies. Aktuell habe man außerdem noch die Zweizügigkeit.

Herr Arnholdt ergänzt, dass man an der Planung dran sei, auch die VGW sei eingebunden. Ein fließender Übergang sei wichtig. Die Zweizügigkeit sei wichtig für die Schule aufgrund der Lehrerausstattung usw., aber die Zweizügigkeit sei kein Kriterium für den Erhalt des Standorts. Man sei mit der Grundschule Hardt auf einem guten Weg.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Einführung einer Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 085/2022

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein. Man schaffe damit die Rechtsgrundlage, dass man die Parkgebühren am Himmelsgarten erhebe. Man konzentriere sich daher bei der Änderung der Satzung darauf. Es gebe jedoch viele offene Punkte, die man politisch diskutieren und entscheiden müsse, wie beispielsweise das Anwohnerparken und die Gebühren. Diese Punkte würden jedoch Zeit brauchen. Gleichzeitig habe man aber auch das Problem, dass man eine Rechtsgrundlage für die Automaten benötige.

Stadtrat Bläse/CDU rät, dass man das kostenlose Parken für E-Autos abschaffe. Man habe dies 2016 eingeführt, es habe sich seither viel getan und er sei öfters angesprochen worden, dass dies viele als sozial ungerecht empfinden würden. Er schlägt vor, dies zu ändern. Auch in Tübingen dürften E-Autos nicht kostenlos parken.

Oberbürgermeister Arnold findet es nachvollziehbar, schlägt jedoch die Vertagung dieser Entscheidung vor.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen stimmt der Vorlage zu. Das Parken für E-Autos müsse man später diskutieren.

Stadtrat Lieb/SPD hofft, dass man über die Vorlage abstimme, alles andere könne man dann im Nachgang machen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE plädiert dafür, das kostenlose Parken für E-Autos im Himmelsgarten bereits jetzt abzuschaffen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen ist für eine saubere Trennung. Man habe unterschiedliche Gebührensätze für die Parkgebühren. Außerdem sei ein Paragrafenverweis nicht korrekt. Das Thema Elektromobilität müsse man generell überlegen. Es sei nicht mehr zeitgemäß.

Stadtrat Bläse/CDU kann nicht nachvollziehen, warum man nicht im Bereich Himmelsgarten E-Autos herausnehme.

Stadtrat Lieb/SPD versteht die Diskussion nicht, da man die Elektromobilität nach vorne treiben möchte.

Oberbürgermeister Arnold schlägt eine Diskussion in den Fraktionen vor.

Stadtrat Bläse/CDU findet, dass man darüber nicht einfach hinwegsehen könne.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste stimmt Stadtrat Bläse und Stadtrat Fritz zu. Es würden im Himmelsgarten zwischen einem Viertel und einem Fünftel E-Autos parken. Dies sei sozial ungerecht.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man keine neue Satzung beschließe. Der Gemeinderat habe vor längerer Zeit beschlossen, dass man E-Autos fördere, in dem man diese kostenlos parken lasse. Es sei bis 2026 befristet. Es müsse nun nicht bis dahin gefördert werden. Es sei ein vernünftiger Vorschlag, es so zu machen und sich schon mal Gedanken über E-Autos zu machen. Man solle sich für das Thema aber noch ein paar Monate Zeit lassen.

Stadtrat Lieb/SPD findet, dass man das Thema nicht in einem Schnellverfahren angehen solle, man brauche ein gesamtheitliches Paket.

Oberbürgermeister Arnold wirbt für ein pragmatisches Vorgehen. Man solle es in den Fraktionen nochmals diskutieren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine Bekanntgaben.

zu 5 Anfragen

Protokoll:

Keine Anfragen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: